



Bezugspreis in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten frei ins Haus geliefert, 64.— Wk., monatl. 4,60 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 66.— Wk., monatl. 4,80 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 68.— Wk., monatl. 5,00 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 70.— Wk., monatl. 5,20 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 72.— Wk., monatl. 5,40 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 74.— Wk., monatl. 5,60 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 76.— Wk., monatl. 5,80 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 78.— Wk., monatl. 6,00 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 80.— Wk., monatl. 6,20 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 82.— Wk., monatl. 6,40 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 84.— Wk., monatl. 6,60 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 86.— Wk., monatl. 6,80 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 88.— Wk., monatl. 7,00 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 90.— Wk., monatl. 7,20 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 92.— Wk., monatl. 7,40 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 94.— Wk., monatl. 7,60 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 96.— Wk., monatl. 7,80 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 98.— Wk., monatl. 8,00 Wk.; bei den Agenturen in den Provinzen 100.— Wk., monatl. 8,20 Wk.

Breslau, Donnerstag, 5. Januar 1922

Einrückungsgebühr für den 1. Blatt Raum im Mittelteilhöhe 225 Wk., (Abendblatt 250 Wk.), bei Anzeigen aus Schellen und Bölen 1,70 u. 2.— Wk. In der Morgenausgabe Redaktionsgebühren 1,70, Schellen und Bölen 1,20 Wk., Stellengebühren 90 Pf. (Anzeigengebühren im Ab- und mehrblättrig), die zweiblättrige Mittelteilhöhe 1,50 Wk., Anzeigen aus vorzüglicher Stelle (3 Blätter) 9,50 Wk., Schellen u. Bölen 6.— Wk.

Ausgleichsversuche zwischen Frankreich und England.

Die Grundlage der Konferenz in Cannes.

London, 4. Januar. Im „Daily Chronicle“ erörtert der sehr gut unterrichtete Politikus die Frage der Aufrechterhaltung der englisch-französischen Entente und schreibt:

Die Tatsache, daß die alte französisch-englische Entente heute keine feste Grundlage habe, bedeute keineswegs, daß nicht morgen eine feste Grundlage gefunden werden könne. Die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich betreffen zwei fundamentale Fragen, die Reparations- und die Rüstungsfrage. Die russischen und türkischen Fragen seien im Vergleich dazu von untergeordneter Art. Der Standpunkt Frankreichs sei, Deutschland müsse bezahlen, und wenn es dabei zögere, so werde die englische Standpunkt dagegen sei, die endgültige Regelung der Reparationsfrage auf praktischer Grundlage führe zum Wiederaufbau des europäischen Handels, was für den Weltmarkt Englands wesentlich sei. Dafür werde England selbst bereit sein, die Forderungen an Deutschland zu streichen. In der Rüstungsfrage seien die Franzosen der Ansicht, Europa werde stets der Schauplatz bleiben, wo unter einem Schirm von Bündnissen und Rüstungen für die Gleichgewichte der Mächte von Zeit zu Zeit Krise geführt würden. Nur diejenigen Länder würden nach Ansicht der Franzosen bestehen bleiben und ihre Macht erhalten, die auf ein wohl gerüstetes Meer vertrauten. England dagegen sei der Ansicht, es drehe sich nicht allein um keinerlei kriegerische Gewalt seitens Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick, sondern es bestehe sogar wirkliche Hoffnung, daß der Friede und die Sicherheit Europas auf eine andere Grundlage gestellt werden könnten als auf die militärische Vorherrschaft einer einzigen Macht oder auf ein allgemeines Wettrüsten. Politus ist der Ansicht, es würde sich für England lohnen, Frankreich und Belgien ein Vorkredit an den Reparationen zu geben und die Neutralität der Rheinlande zu garantieren, wenn es im Austausch möglich sein würde, eine dauernde Regelung sowohl der Reparationsfrage als der Rüstungsfrage in Europa auf andere zu bringen. Dies sei die wirkliche Grundlage der Konferenz in Cannes. Es sei zweifelhaft, ob die Konferenz von Cannes mehr als den Anfang machen könne. Die Schwierigkeit liege nicht bei den politischen Führern, sondern bei der öffentlichen Meinung.

Paris, 4. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Briand ist um 10 Uhr in Begleitung Louchet in Cannes eingetroffen. In Paris werden zahlreiche Nachrichten über die Haltung verbreitet, die Briand in Cannes einnehmen werde, und es wird von gut unterrichteten Persönlichkeiten gesagt, daß Briand vielleicht einige der Vorschläge ändern werde, die er gelegentlich seines Besuchs in London gemacht hatte. Hiermit im Zusammenhang könnte man es verstehen, wenn heute der „Temps“ in seinem Leitartikel es als das wichtigste Ergebnis der Konferenz von Cannes bezeichnet, daß eine Allianz zwischen England und Frankreich abgeschlossen werde. Wenn das halbamtliche Blatt sich auf diesen Standpunkt stellt, so strait es jene Behauptungen, die heute morgen übermittel wurden, wonach Frankreich sich von dieser Allianz nicht viel verspreche und sie nur unter sehr bestimmten Zusicherungen abschließen wolle. Wesentlich ist aber, daß der „Temps“ sogar hinzufügt, daß auch Deutschland unter gewissen Bedingungen den Abmachungen zwischen Frankreich und England beitreten könnte. Die englisch-französische Allianz wäre das einzige Mittel, um Deutschland ohne Erschütterung und ohne Gefahr für irgend jemand in die Völkerverbände aufzunehmen.

Wenn dies tatsächlich der französische Standpunkt gewesen wäre, der in Cannes vertreten werden soll, so könnte man in gewisser Hinsicht von einer Annäherung an England sprechen, denn dort steht man zweifellos auf dem Standpunkt, daß in militärischer Hinsicht bindende Beschlüsse zustande kommen müssen, weil nur dadurch das Reparationsproblem endlich in vernünftiger Weise gelöst werden könnte. Die „Westminster Gazette“ erklärt aber, daß Frankreich auf eine militärische Allianz seitens England in der Art, wie solche Allianzen vor dem Kriege abgeschlossen wurden, nicht zähle, dagegen wäre England bereit, ein Vier- oder Sechsmächteabkommen zu schließen, wobei Frankreich allerdings auch die Zustimmung erhielt, daß es im Falle eines Angriffs auf Englands Hilfe zählen könnte. Der „Daily Chronicle“ legt dar, daß England nur gewinnen könnte, wenn es Frankreich und Belgien in der Reparationsfrage entgegenkommen. Dafür müßte aber die Neutralität der Rheinlande garantiert werden. Das Reparations- und das Abrüstungs-

problem müßten in dauernder Weise endgültig geregelt werden.

Von anderer Seite, die sich ebenfalls für gut unterrichtet erklärt, erfahren wir, daß man irgend welche Deutschland entgegenkommende Lösungen des Reparationsproblems durch die Reparationskommission erwarten könnte. Wenn der Oberste Rat tatsächlich die deutschen Zahlungen auf 500 Millionen Goldmark herabsetzt, und auch in Aussicht steht, für die Bezugszahlungen eine Jahrespauschale von 220 Millionen Goldmark festzusetzen, so könnte die Reparationskommission darauf hinweisen, daß sie ihrer Pflichterfüllung entleidet wäre und daß demnach der Versailler Friedensvertrag nicht erfüllt werde und damit die Beschlüsse des Obersten Rates verjagt müßten. Um aber eventuelle Empfindlichkeiten der Reparationskommission und auch Frankreichs zu heilen, würde man in Cannes die Finanzkontrolle neuerdings in Erwägung ziehen; man würde demnach die Unabhängigkeit der Reichsbank fordern, so daß also die deutsche Regierung nicht mehr instande wäre, Anteile für geliehenes Geld zu übernehmen. Außerdem müßte natürlich in den Verwaltungsrat der Reichsbank ein neuer Kontrolleur eintreten, der allerdings von der deutschen Regierung ernannt würde, der aber tatsächlich von der Reparationskommission abhinge. Ferner würde in Cannes eine Umgestaltung des deutschen Budgets gefordert werden, namentlich würden alle Unterhaltungen, die jetzt für öffentliche Arbeiten ausgegeben werden, künftighin gestrichen werden.

Das schwierigste Problem, das in Cannes zu lösen sein werde, besteht natürlich darin, Belgiens Ansprüche bezüglich seiner Priorität zu befriedigen. Hier scheint, wenn die „Information“ gut unterrichtet ist, englischerseits der Plan zu bestehen, Belgien zur Vorkaufsumme von 160 Millionen Goldmark, die Belgien sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gewährt wurden, zu verzichten. Außerdem würde England sich bei den Vereinigten Staaten dafür einsetzen, daß diese die Bezahlung eines Vorkaufsummes von 500 Millionen Goldmark, deren Sicherheit in der belgischen Priorität gelegen ist, fallen lassen. Frankreich würde dadurch ein Entgegenkommen erfahren, daß die 300 Millionen, die ihm für die Saargruben anzurechnen wurden, einstweilen nicht verringert würden, sondern als offener Posten bei Frankreichs Schuldkonto verbliebe.

Der „Information“ zufolge würde dann endlich eine Bestimmung, die am 18. August 1921 in Paris getroffen wurde und die sich auf den deutschen Kohlenpreis beziehe, fallen gelassen werden. Vom 1. Januar 1922 würde für deutsche Kohle der selbe Preis bezahlt werden wie für französische, gegebenenfalls der Preis wie für englische Kohle, wenn diese nach St. Quentin gebracht billiger zu stehen käme. Endlich bekam Frankreich von England das Zugeständnis, daß dieses dem Wiesbadener Abkommen seine Zustimmung gebe, aber der „Information“ zufolge mit der Abänderung, daß Deutschland vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1926 nicht für 7 Milliarden Goldmark Naturallieferungen zu leisten hätte, sondern 1922 für 1 1/2 Milliarden, im Jahre 1923 und 1924 für 1 1/2 Milliarden.

In Cannes wird selbstverständlich dann ein von englischen Finanziers ausgearbeitetes Projekt für ein großes Finanzkonfessionarium eingehend erörtert werden. In dieser Hinsicht behauptet die „Information“, daß dieses Konfessionarium auch Banknoten ausgeben könnte, deren Rückzahlung in der Währung jener Länder erfolgen könnte, deren Finanzinstitute sich an den Operationen des Konfessionariums beteiligen. Die Banknoten dieses Konfessionariums könnten in nationalen Währungen in Rußland, Polen, Österreich usw. kurs haben. Diese Banknoten würden durch Geld oder Waren der genannten Länder in ihrem Wert garantiert werden.

Wollt ungelöst ist natürlich die Frage der Haltung Englands gegenüber den Reparationszahlungen Deutschlands. Man zerbricht sich in Paris den Kopf, ob England auf die ihm zustehenden 22 v. H. der deutschen Entschädigungssumme verzichtet und ob es gleichzeitig Frankreich in der Schuldrückzahlung ein Entgegenkommen erweisen wird. Hierüber lassen sich allerdings weder aus den französischen noch aus den englischen Blättern Mitteilungen mit Bestimmtheit herauslesen.

Paris, 4. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Dr. Simon erklärte einem Vertreter der Agentur Radio, daß Rathenau nicht nach Cannes gehen werde, sondern morgen oder übermorgen nach Berlin zurückkehren werde.

Amerika und die europäische Wirtschaftskonferenz.

London, 4. Januar. Neuter meldet aus Washington, Garding und das amerikanische Kabinett verbrachten zwei Stunden mit der Erörterung der europäischen wirtschaftlichen Lage. Amlich wird mitgeteilt, daß keinerlei Beschluß bezüglich der amerikanischen Politik in der Frage der Teilnahme an der europäischen Konferenz gefaßt wurde. Bisher gelangte seitens der europäischen Mächte kein offizieller oder halbamtlicher Vorschlag für die Beteiligung an Garding.

Das militaristische Frankreich.

Paris, 4. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Am amerikanischen Repräsentantenhaus erklärte das Mitglied Reavis in einer Rede, daß die Vereinigten Staaten für die Notlage Europas volles Mitgefühl hätten und bereit seien, die Schulden zu annullieren, wenn dafür ein wirkliches Bedürfnis vorhanden wäre. Aber ein Frankreich, welches gegenüber allen Bitten und Forderungen der Menschheit, die Welt zur Ruhe kommen zu lassen, taub geblieben sei, welches seine Absicht öffentlich bekunde, die Zahl seiner W-Boote zu vermehren, dieses barbarische aller Kriegsmittel, einem solchen Frankreich gegenüber müsse man die Mittelidstränen trocknen, die die Augen füllen. Der Lage müsse man gerade ins Angesicht sehen. Frankreich besitze heute eine größere Armee, als Deutschland vor dem Kriege. Frankreich lehne es nicht nur ab, diese herabzusetzen, sondern bringe sogar darauf, volle Freiheit zu erhalten, sie zu vermehren. Frankreich wolle seine Flotte mit einem Kostenaufwande von 100 Mill. Dollar verstärken. Kein Volk dürfe an einen solchen Rüstungsplan denken. Amerika sei der Meinung, daß solche Rüstungen den Krieg hervorbrufen. Das amerikanische Volk verlange, daß das von Frankreich ausgearbeitete Programm mit französischem, aber nicht mit amerikanischen Geld bezahlt werde.

Die Durchführung der Entwaffnung.

SS Den R. P. N. geht von zuständigen Stelle folgende Zusammenstellung der auf Grund des Ultimatums und der Entwaffnungsnoten vom Mai 1921 von der Reichstreuhandgesellschaft zur Verfügung übernommenen Bestände an Waffen. Munition und Kriegsgüter nach dem Stande vom 15. November 1921 zu: 546 Geschütze, 548 Geschützrohre, 978 Lafetten, 2465 148 Stück Artilleriemunition und Minen, 2022 197 Stück Hünder-Artillerie-Munition, 3060 661 Mgr. Pulver und Sprengstoff, 1877 Minen- und Granatwerfer, darunter 834 Signalarbeiter, 9908 Maschinen-gewehre, 415 512 Gewehre, Karabiner und Langgewehre, 27 242 Revolver und Pistolen, 248 482 blanke Waffen, 2419 356 Gewehr-, Wurf- und Handgranaten, 2849 260 Hünder für Handgranaten, 62 735 477 Stück Handwaffenmunition, 420 842 Kartuschen aller Art, 889 968 Sprengkapseln und Sprengpatronen, 18 283 Waagen aller Art, 1887 Feldflaschen.

Außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgüter, wie Geschütz-Erfaß- und Zubehörteilen, optischen Geräten, Nachrichten-geschütz, Brückengerät und Kompass, Gaschutzgerät, Werkzeuge aller Art, Feld- und Förderbahngerät, Geschütz- und Stallwagen, Wagensubehörteilen, Textilien, Feldküchengeräten, Schiffszubehörteilen, ferner 120 Feldbäcköfen, 214 Kraftwagen, 35 Kraftwagenanhänger, 18 Motorräder, 289 Fahrräder, 12 233 Armeejättel, 2657 Bodfädel, 2821 Sielenzschirre, 500 000 Platzpatronen.

Ein Kompromißvorschlag im Sinnparlament.

London, 4. Januar. In der gestrigen Sitzung des Sinnparlamentes stellte Collins den Antrag, die Gegner des ewalisch-irischen Vertrages sollten die Schaffung einer vorläufigen Regierung in Irland zulassen und, wenn nötig, danach den Kampf um die Republik führen.

Die Vorbildung der Juristen.

Professor Dr. Radbruch hat in seiner Einführungsrede als Reichsjustizminister am 31. Oktober 1921 auch eine Neuordnung des juristischen Bildungswesens in Aussicht gestellt. Um das Bedürfnis einer solchen Neuordnung zu begründen, geht er von dem alten Lebnshüter der sozialdemokratischen Partei aus, daß zwischen dem „Volk“ und der Justiz das Vertrauen zerfällt und ein Kriegszustand ausgebrochen sei, der beendet werden müsse. Es lohnt nicht, darüber noch zu reden, denn wir wissen, daß — natürlich abgesehen von den Leuten, die gerade einen Prozeß verloren haben — nicht das Volk, sondern die Führer der sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratischen Zeitungen seit langen Jahren daran arbeiten, das Ansehen der Gerichte zu untergraben, um Gericht und Rechtspflege unter das Parteinteresse zu stellen und an die Stelle der Gerechtigkeit nach dem Gesetz das Interesse der sozialdemokratischen Partei zu setzen. Diesem Plane muß jeder gerecht und ehrlich denkende Mensch, dem das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, mit aller Kraft entgegenreten.

Aus diesem sozialdemokratischen Gedankenkreise heraus sind die Pläne erwachsen, die der sozialdemokratische Herr Reichsjustizminister hinsichtlich der juristischen Vorbildung und Vorbereitung der Juristen für den höheren Justizdienst und für die Rechtsanwaltschaft zur Ausführung bringen will. Über diese Pläne gibt seine Schrift „Zur jungen Juristen“ und seine Reichstagsrede vom 25. Januar 1921 genügenden Aufschluß. Zur Grundlage für seine Pläne nimmt er den Gedanken des längst als hohle Phrase erkannten Schlagwortes: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ und fordert, daß künftig auch ohne Abiturientenexamen einer höheren Schule es einem bewährten Arbeitersekretär oder auch einem bewährten Gerichtsschreiber — letzterer wird wohl nur erwähnt, um der Sache ein Mäntelchen umzuhängen — ermöglicht werden müsse, nachträglich die Richterfähigkeit unter ähnlichen Bedingungen zu erwerben, wie derjenige, der ein Gymnasium absolviert hat. Ähnliches fordert der von sozialdemokratischer Seite im preussischen Landtage gestellte, wohl auch auf Radbruch zurückzuführende Antrag: hervorragend befähigten und praktisch erfahrenen Personen aus allen Kreisen des Volkes nach Ablegung der Gerichtsassessorprüfung die Befähigung zum Richteramt auch ohne den vorgeschriebenen Ausbildungsgang zu erteilen.

Es ist ein eigenes Schauspiel, einen Univeritätsprofessor — Radbruch ist Professor der juristischen Fakultät in Kiel — so geringfügig über die jetzige Ausbildung der Juristen, über Abiturientenexamen, über Univeritätsstudium, Referendar-examen und die Ausbildung als Referendar reden zu hören. Das Alles will er über Bord werfen, nur um die sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretäre in den Richterstand hineinzubekommen. Mögen sie noch so tüchtig sein, es fehlt ihnen doch die tiefe, gründliche Vorbildung und Schulung, die durch die jetzige Vorbildung und Ausbildung eines Referendars bei der Ableitung der Assessorprüfung gewährleistet ist. Über die Art und Weise der Ausbildung der Studenten der juristischen Fakultät und ihren Ausbildungsgang kann man streiten und das selbe gilt von der Ausbildung der Referendare. Wenn aber Radbruch fordert, daß die Referendare ihre Ausbildung in erster Stelle, also an der Stelle der Ausbildung durch Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwält, bei den Rechtsauskunftsstellen, bei einem Arbeitersekretär und, wer laßt das? bei den Mieteinigungsämtern erhalten sollen, so bedarf es keiner näheren Darlegung, daß diese Ausbildung vielleicht für die Kenntnis des praktischen Lebens nicht ohne Bedeutung sein mag, aber keineswegs das juristische Können und Erkennen auch nur im Entferntesten so fördert, als der bisherige Ausbildungsgang. Wir brauchen aber bei der immer verwickelter sich gestaltenden Gesetzgebung Juristen, die so gut und gründlich als möglich vorgebildet und ausgebildet sind. Das gilt insbesondere von den Richtern. Mit Recht haben daher die für die Beurteilung dieser Pläne Radbruchs berufensten Personen, nämlich die deutschen Richter, Rechtsanwälte, Hochschullehrer und Notare im Oktober 1921 unter Zustimmung der Berufsvereinerung höherer Verwaltungs- und Kommunalbeamten diese Pläne Radbruchs in einer gemeinschaftlichen Erklärung vom Grund aus verworfen und vor ihrer Ausführung gewarnt. Sie sagt: „Wir Juristen sind entschlossen, uns solcher Vernichtung der in jahrelanger Arbeit endlich gefestigten deutschen Rechtspflege zum Heile unseres Vaterlandes mit allen Kräften zu widersetzen.“ Bei diesem einstimmigen Widerstande, den die Pläne Radbruchs über die Vorbildung der Juristen finden, ist zu hoffen, daß sie nicht zur Ausführung kommen werden. Die Richter sollen frei und unabhängig sein und bleiben und nicht im Dienste einer Partei stehen.

Ein großes Verdienst würde sich Radbruch erwerben, wenn er, statt die Politisierung der Gerichte zu betreiben, endlich den längst fertig gestellten Entwurf zu dem neuen Strafgesetzbuch dem Reichstage zur Beschlußfassung vorlegen würde. Denn das jetzt geltende Strafgesetzbuch ist schon lange veraltet und entspricht vielfach ganz und garnicht mehr den heutigen Rechtsanschauungen und wirtschaftlichen Verhältnissen.

Reparations- und Steuerfragen.

tu. Berlin, 4. Januar. Mittwoch vormittag um 10 Uhr hielt die Reichsregierung eine Kabinettsitzung ab, in der sie sich hauptsächlich mit der Reparationsfrage und mit dem Finanzproblem beschäftigte. Die Sitzung dauerte bis 11 1/2 Uhr. Um 12 Uhr empfing der Reichskanzler die Parteiführer des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten, um mit ihnen über das Reparationsproblem und über die Steuerfragen zu sprechen.

Vom Tage.

*** Einkommensteuer und Eisenbahnen.** Von einer mit den Verhältnissen bei der Eisenbahn und den zurzeit schwebenden Plänen genau vertrauten Seite ist dieser Tage in der Presse auf die Tatsache hingewiesen worden, daß die Eisenbahn in den zwei Jahren seit ihrer Übernahme auf das Reich nahezu ihr gesamtes Budgetkapital erwirtschaftet habe, und daß das nach Abschreibung der durch Nachtragsetat 1921 fälligen ersten Rate zur Abzahlung des mit den Ländern vereinbarten Kaufschillings verbleibende Defizit in Höhe von 18,7 Milliarden Mark die gesamte, für das gleiche Jahr veranschlagte Einkommensteuer von 12 Milliarden verschlinge. Diese Tatsache zeigt, wie sehr auch der Einzelne durch den unauffällig scheinenden wirtschaftlichen Abstieg der Eisenbahn in Mitleidenhaftigkeit gezogen wird. Im Frieden ein achtunggebietendes Unternehmen von glänzender Rentabilität, unentbehrlich auch zur Füllung des allgemeinen Staatsbedarfs, ist die Eisenbahn binnen wenigen Jahren ein morsches und für den Wiederaufbau der deutschen Finanzwirtschaft gefährliches Gewölde geworden. Trotz aller Tarifserhöhungen wird das Defizit ohne Wenden immer größer, und der Steuerzahler wird letzten Endes immer wieder gezwungen, für das neu entstandene Defizit einzutreten. Man sollte meinen, daß dieser Hinweis allein schon genügen müßte, um auch der großen Masse unseres Volkes zum Bewußtsein zu bringen, daß es höchste Zeit ist, mit energischen Maßnahmen vorzugehen und die Eisenbahn wieder auf eigene, von der Leistung der Steuerzahler unabhängige Füße zu stellen. Daß zur Reform des Eisenbahnwesens vor allem auch Maßnahmen zur Sicherung des Betriebes gegen Streiks gehören, das hat der letzte wilde Eisenbahnstreik mit aller Deutlichkeit gezeigt. Es wäre im übrigen von Interesse, zu erfahren, wie viele Millionen der Einnahmehausfall der Streiklage ausmacht, durch den die sozialistische Organisation der Eisenbahner das Defizit der Reichsbahn erhöht hat.

S. Die Reichspost im Zeichen des Krebsganges. Bekanntlich hatte sich vor einiger Zeit die Reichspostverwaltung zu dem in der Schweiz seit länger als einem Jahrzehnt und auch in Bayern längst eingeführten Verfahren der markenlosen Franzisierung von Massen-Briefsendungen und Drucksachen entschlossen. Mit der neuen Vorberührung aber fand dies Verfahren, das sich schnell einer wachsenden Ausbreitung im ganzen Reich zu erfreuen hatte, eine jähe Unterbrechung. Die Stempel mußten geändert werden. Für jeden Privatmann ist eine derartige Änderung das Werk von einer Stunde. Unsere Reichspost aber braucht dazu eine ganze Reihe von Wochen. Den zahlreichen Interessenten wird geantwortet, daß besondere Stempel für die Auslandsfrankierungen angefertigt würden. Natürlich ist auch dieser Grund für die Verzögerung nicht im mindesten stichhaltig. Die Reichsversicherungsanstalt z. B. brachte jeden Arbeitstag bis zu 20 000 Briefsendungen zur Verankerung. Jetzt befindet sie sich infolge der unerwarteten und durch die Saumlässigkeit der Postbehörde verschuldeten Mehrarbeit der Abteilungen in großer Verlegenheit. Wie der Reichsversicherungsanstalt geht es einer ganzen Reihe von Unternehmen. Herr Giesberts, der kleine Mann im Reich des großen Stephan, bringt mit jeder Portoerhöhung eine Verschlechterung der Organisation zu Wege.

*** Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland** spielen bei der Gestaltung der Weltlage eine beachtenswerte Rolle. Das Verhältnis zwischen beiden Staaten wird besonders für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft von Einfluß sein. Auf diesem Gebiete sind besonders von Rußland her wiederholt Kundgebungen gekommen, die auf die Notwendigkeit einer Wiederaufbau der weltwirtschaftlichen Beziehungen hinweisen. Man würde diesen Bemühungen Erfolg wünschen

können, wenn sich zugleich auch eine politische Konsolidierung der russischen Verhältnisse bemerkbar machte. Bisher freilich haben die russischen Verhältnisse kaum die Gewähr für normale nachbarliche Beziehungen geboten, zumal die russische Sowjetregierung in ihrer Agitation für den Weltbolshewismus durch die Entsendung der bolschewistischen Auftragsapostel sich oft genug in verhängnisvoller Weise als Störer der inneren Ruhe Deutschlands erwiesen hat. Über den Umfang des russischen Zugangs nach Deutschland liegt ein einwandfreies statistisches Material nicht vor. Die Zahl wird schätzungsweise auf 260 000 bis 300 000 angegeben. Ein großer Teil ist unter Außerachtlassung der Passportschriften nach Deutschland gekommen. Dem Bemühen, diese Massen wieder abzuschicken, steht vielfach das Verhalten der Oststaaten hindernd entgegen. Das Reichsministerium des Innern ist allerdings, so wird wenigstens in Berlin berichtet, bemüht, Deutschland vom weiteren Zugang dieser ungeliebten Gäste freizuhalten, eine Versicherung, der man nach den bisherigen Erfahrungen einigermaßen skeptisch gegenüberstehen muß. Daß im übrigen die Moskauer Machthaber wenig Neigung verspüren, den berechtigten Ansprüchen Deutschlands Rechnung zu tragen, beweist eine Erklärung des verächtlichen Nadel in der Moskauer „Pravda“. Er läßt sich dort dahin vernehmen, eine Sühne für die Ermordung des Grafen Mirbach sei für die Sowjetrepublik undiskutabel und somit erledigt. Demgegenüber wird man die Frage aufwerfen dürfen, ob auch die deutsche Regierung die Ermordung ihres Gesandten als eine erledigte Frage zu betrachten geneigt ist. Im Anschluß hieran sei schließlich erwähnt, daß zu Weihnachten in Berlin eine neue russisch-deutsche Zeitschrift „Rodina“ (Die Heimat) zu erscheinen begonnen hat. Als Herausgeber zeichnet Fürst Wladimir Wernhold, der durch seinen Feldzug in Kurland auch der größeren Öffentlichkeit bekannt ist. Die neue Zeitschrift bezeichnet sich als „unparteiisch“ und betont, daß an einen Wiederaufbau Rußlands nur dann gedacht werden könne, wenn an die Spitze des russischen Reiches eine Regierung tritt, welche die elementaren Geleise der Zivilisation und die völkerrechtlichen Beziehungen anerkennt.

Die Washingtoner Konferenz.

Eine französische Erklärung zur U-Bootfrage.

Washington, 4. Januar. Gestern Abend hat Sarraut im Laufe der Debatte über die Beschränkung des Unterseebootkrieges folgende Erklärungen abgegeben: Frankreich nimmt ohne Vorbehalt nicht nur die Entschliessung No. 1 an, sondern auch den Zusatzartikel No. 2. Was die zweite Entschliessung anlangt, so nehmen wir den Anstoß vorläufig an. Die Flottenabverständnisse werden dieser Entschliessung die endgültige Form geben, damit ihre Bedeutung durchaus klar ist.

Oesterreichisch-ungarische Verhandlungen.

T. U. Wien, 3. Januar. Für die nächste Zeit wird hier der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen zu einer Konferenz mit dem Bundeskanzler Dr. Schober über Angelegenheiten Ob- und Nibelburgs und des Burgenlandes erwartet. Man glaubt, daß Graf Bethlen bei dieser Gelegenheit mit dem österreichischen Kabinettschef auch eine Reihe von wirtschaftlichen Fragen erörtern, und daß es vielleicht zu einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Österreich und Ungarn kommen wird.

Englisches Kapital in Ungarn.

* Paris, 4. Januar. Von unserem Sonderberichterstatter, Der Londoner Korrespondent der „Internationalen“ meldet, daß seit einiger Zeit zwischen dem englischen Gesandten in Ofenpest und

der ungarischen Regierung Verhandlungen eingeleitet wurden, damit Englands Kapitalisten sich der ungarischen Industrie bemächtigen. Es kam zuerst zu einem Geheim-Einvernehmen, das England beträchtliche Vorteile gewährt. Die ungarische Regierung tritt an die englischen Kapitalisten die Staatsbahn und das Kohlenbecken von Baranya ab, ebenso die Rechte der ungarischen Regierung wegen des Gasens von Ofenpest, dessen Ausbau studiert wird.

Schweidische Angriffe gegen die französische Militärmission.

D. Wien, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Prag wird gemeldet: Seit einiger Zeit richten Parlament und Presse heftige Angriffe gegen die französische Militärmission in der Tschechoslowakei. So wendet sich gestern die „Tribuna“, das größte Blatt der tschechischen liberalen Partei gegen die Aufspülung französischer Militärvorschriften auf die in ganz anderer Militärtradition erzeugenen Marschälle und das Füzilierkorps. Die eingeschickten französischen Apparate, namentlich in der Artillerie, scheinen weniger brauchbar als die bisher in der Tschechoslowakei verwendeten, die aus reichsdeutschen Werkstätten stammen. Die Militärmission habe statt abgenutzte Artilleriematerialien, die zum größten Teil aus der Marneeschlacht stammen, und für 200 Millionen Mark verkauft wurden. Dieses Artilleriematerial liegt nunmehr fast als wertloses Gerümpel umher, während die Tschechoslowakei billigeres und besseres Material aus dem Deutschen Reich beziehen könnte. Die reichsdeutschen Preise scheinen durchschnittlich ein Drittel der französischen auszumachen. Alle Käufe, die die Tschechoslowakei im Deutschen Reich gemacht habe, hätten sich bis heute gut rentiert. Auch die französischen Flugzeuge scheinen unzuverlässig, während die besseren Flugzeuge aus dem Deutschen Reich nicht gekauft werden konnten, weil sie nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles vernichtet werden mußten. Dieses größte Blatt der tschechoslowakischen liberalen Partei fordert schließlich die Militärmission auf, sich von ihrer ursprünglichen Stellung wieder bewußt zu werden, denn die Tschechoslowakei sei keine französische Kolonie.

Verchiedene Mitteilungen.

§§ Die Verhandlungen über die Besoldungsneuordnung zwischen der Regierung und den Beamtenorganisationen sowie den Gewerkschaften werden gemäß den Abmachungen vom 31. Dezember am Donnerstag in Berlin beginnen. Unter Führung des Deutschen Beamtenbundes haben am Dienstag Abend die Besprechungen der großen Organisationen stattgefunden, um eine gemeinschaftliche Grundlage für die Besprechungen zu schaffen. Die Eisenbahnerorganisationen konnten jedoch nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammenschließen werden, da die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ihr eigenes Programm ausgearbeitet hat, das sie der Regierung überreichen will. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen, so daß ein Ergebnis erst nächste Woche zu erwarten ist.

§§ Vom Reichstage. Während der Reichstage erst Mitte Januar zusammenzutreten wird, beginnen die Ausschüsse ihre Tätigkeit schon früher. Der volkswirtschaftliche Ausschuß wird am 6. Januar zusammenzutreten, um Vorktionen und den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln zu beraten. Die Steueranschüsse treten am 10. Januar zusammen.

§§ Die Witwe des Grafen Zeppelin, Isabella Gräfin von Zeppelin, geborene Freiin von Wolf, ist im Alter von 75 Jahren in Stuttgart gestorben. Sie war am 4. Mai 1846 zu Eisenach in Thüringen geboren und hatte sich am 7ten August 1869 in Berlin mit Graf Zeppelin verheiratet.

§§ Der Generaldirektor der „Deutschen Tageszeitung“ Felix Telge ist gestern Abend nach längerem Leiden in Berlin gestorben.

Kurd von Schlözer.

Zu seinem hundertsten Geburtstag.

Von Dr. G. Reukner.

Am 6. Januar 1922 werden hundert Jahre verflossen sein, daß Kurd v. Schlözer das Licht der Welt erblickte. Als er am 13. Mai 1824 in Berlin starb, da wußte nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis, welche bedeutende und reiche Persönlichkeit da aus dem Leben geschieden war. Und von diesen Wissenden erholte wohl einer oder der andere, es werde dereinst durch Publikation der Schlözerschen Gedächtnisblätter dem Dahingegangenen das ihm gebührende Teil literarischer Unsterblichkeit, der Nachwelt ein Schlag intim-politischer Belehrung gesichert werden. Dem feinen Verständnis und dem edlen Familienstolz seiner beiden Neffen, des verstorbenen Gesandten Karl v. Schlözer und des Majors Leopold v. Schlözer, verdanken wir es, daß Schlözer eine solche literarische Aufarbeitung schon zwei Jahrzehnte nach seinem Tod besahen wurde, so daß wir heute an der Hand von Selbstzeugnissen, die um so zuverlässiger und so anziehender sind, weil der Niederschreibende nie im entferntesten an ihre Echtheit und Verlässlichkeit gedacht hat, dies innerlich so reiche, wahrhaft gelebte Leben von den frühen Jünglings- bis zu den reichen Mannesjahren verfolgen können.

Die „Jugendbriefe“ verhalten uns manden Einblick in eine glückliche Kindheit, in das schöne vertrauensvolle Verhältnis des Sohnes zu seinen Eltern. Bismarck hat aus seiner eigenen Erfahrung das Wort geprägt, daß in der Erziehung verprügelte und verzärtelte Generationen einander ablösen. Es gilt vielleicht auch, mutatis mutandis, für Schlözers Vaterhaus. Der Großvater, August Ludwig v. Schlözer, eine der markantesten und originellsten Gelehrten-Erscheinungen des 18. Jahrhunderts, war nicht nur ein ebenso gefährdetes, wie angelegentliches Publizist („Was wird der Schlözer dazu sagen?“ fragte Maria Theresia gar manchmal bei wichtigen Regierungsmaßnahmen), er war offenbar auch ein bei aller Liebe sehr strenger Familienvater, unter dessen Härte besonders der älteste Sohn, Christian v. Schlözer, schwer gelitten hat. Es mag darum wohl für den Vater Kurds ein Bedürfnis gewesen sein, den eigenen Kindern in ihrem Verhältnis zu den Eltern alles zu geben, was er etwa im Vaterhause hatte entbehren müssen, und dies haben ihm denn auch die Seinen mit rührender Anhänglichkeit gedankt. So schlug die Strenge des „alten Schlözer“ doch noch zum Segen aus, und auch in anderer Hinsicht hat der Großvater sich noch dem Enkel nützlich erwiesen. Figur und Wirkung des großen Publizisten, der 1809 zu Göttingen hochbetagt gestorben war, standen der älteren Generation jener Zeit, da Kurd v. Schlözer Jüngling war, noch so lebhaft in Erinnerung, daß dieser — man liest dies oft aus den Briefen heraus — sich sagen durfte: „Woh! dir, daß du ein Enkel bist!“ Aber nicht minder deutlich lassen diese Jugendbriefe erkennen: auch ohne die Empfehlung durch den berühmten Namen hätten dem jungen Schlözer sich die Salons der Gesellschaft in Berlin wie in Paris und die Herzen der Menschen, bei Landstücken und Kommilitonen, wie bei Fürstlichkeiten und geistigen Gelehrten, geöffnet. Ein sprühendes Temperament, gebändigt durch die feine gesellschaftliche Kultur des Elternhauses, eine unbegrenzte Aufnahmefähigkeit für alle äußere Schönheit und alle feineren Genüsse des Lebens, innerlich eins mit einer nicht geringeren Verbegier und Klarheit des Denkens — Erbeilen des gelehrten Großvaters —, ein starker Zug von Selbstlosigkeit, verbunden mit dem ebenso starken Drang nach Selbstbehauptung — das alles, wie es aus seinen Jugendbriefen in köstlicher Lebendigkeit und Unbewußtheit zu uns spricht, eroberte ihm überall Sympathie, Liebe und

Hochachtung. Was man von wenig Menschen sagen darf, daß sie wahrhaft glücklich gewesen seien, von dem jungen Schlözer darf man es sagen, und von ihm, was man von noch weniger Glücklichen sagen darf: daß er sein Glück auch verdient hat.

Ein Mensch, wie Schlözer, konnte kein Streber sein; statt dessen adelte er sozusagen die Klasse der Protegés. Selbst die Protektion nämlich kann ihr Gutes haben, wenn sie einmal einen fördert, der es verdient. So ging es Kurd v. Schlözer; über die fehlenden Fachexamina — er hat ja nur das philosophische Doktorexamen bestanden; aber vor welchen Examinatoren und mit welcher Auszeichnung! — half ihm, den Widerstand der Bureaucratie bestehend, die Verantwortung des Prinzen und der Prinzessin von Preußen, Alexanders v. Humboldt u. a., ins Auswärtige Amt, zunächst zum Dienst in Berlin, bis er 1856 als Legationssekretär nach Petersburg geschickt wird.

Über den Aufenthalt in Petersburg (1856 bis 1862) unterrichten uns die „Petersburger Briefe“. Sie zeigen uns den Briefschreiber, wie er zum unermüdbaren kätigen, pflichtgetreuen, doch nie im Bureau verrottenden, den Beruf wirklich als Berufener ausübenden Diplomaten heranreift; sie berichten uns von seinem entscheidenden inneren Erlebnis, dem Kampf mit Bismarck, jenem Kampf, aus dem beide als Sieger an sich überwindung, Sachlichkeit, Achtung vor einer fremden achtunggebietenden Persönlichkeit hervorgingen. Nicht, als ob nun Schlözer fortan, von heute auf morgen, mit Bismarck „durch dick und dünn“ gegangen wäre; er hat noch nach seiner Niederwerfung nach Berlin, wo er den früheren Gesandtschaftschef als obersten Vorgesetzten wiederstand, so offen und so pointiert widersprochen, wenn er einen Schritt Bismarcks absolut unverständlich fand, daß Bismarck den Widerpenstigen nach dem damals noch päpstlichen Rom schickte. Wenn dies eine „Strafe“ war, dann eine wahrhaft väterlich milde; und jedenfalls ein glänzender Beweis für Bismarcks Charakter.

Denn wenn ein junger Diplomat irgendwann an den ihm gemähesten Posten gestellt worden ist, dann war es damals Schlözer. Hier amte er ebenso vielseitig wie harmonisch gebildete Mensch in der klassischen Altertumskunde, die für die ganze deutsche Kultur seit Goethe zur Lebensluft gehörte, hier konnte der Natur- und Kunstfreund schwärmen und genießen, hier der Politiker angefaßt eines sterbenden Staates — des Patrimonium Petri — und eines unwiderstehlich aufstrebenden — des geeinten Italiens — unmittelbar erlebte Erkenntnisse der Menschen und der Erde sammeln. Und der empfangene Reichtum strömte frisch und sprudelnd, klar und sunnelnd über in die Briefe an seine Nächsten, die wir heute in dem klassischen Band der „Römischen Briefe“ genießen. Ein Buch, das vom allgemeinen Urteil sogleich mit Begeisterung der klassischen deutschen Literatur über die „Ewigstadt“ eingereiht worden ist und diesen Ehrenplatz behaupten wird, solange noch etwas von der Kultur, der es als eine ihrer schönsten Blüten angehört, im deutschen Geistesleben fortwirkt.

Als Schlözer im Herbst 1868 von Bismarck aufgefördert wurde, das Generalkonsulat in Mexiko zu übernehmen, da hätten ihn wohl ähnliche Empfindungen bewegen können, wie einst Odid bei seiner Verbannung nach Tomi. Aber das wechselseitige Vertrauen zwischen Schlözer und seinem obersten Chef war schon zu fest und tiefgewurzelt, als daß jener nicht erkannt hätte, es handle sich hier nicht um eine Strafverweisung, sondern in der Tat um die Berufung zu einer schwierigen und ehrenvollen Aufgabe (Abschluß eines

*) Die vier Bände, nach der Reihenfolge des ersten Erscheinens: „Römische Briefe“, „Mexikanische Briefe“, „Jugendbriefe“, „Petersburger Briefe“, sämtlich bei der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, gedruckt.

neuen Handelsvertrags); und wie er nach dem biblischen Wort die Hand an den Hilg legte, ohne umzublicken, wie er auch im halbbarbarischen Mittelamerika die Dinge und Menschen aufs glücklichste zu nehmen und zu betrachten verstand, auch das wissen wir heute durch ihn selbst, aus seinen „Mexikanischen Briefen“. Fesselnd schon durch den zeitlichen Hintergrund der gewaltigen Ereignisse von 1870, frisch, farbenreich, humorvoll und gemütvoll auch dieser Band, der freilich der schmückteste in der Reihe der Briefbände ist, denn schon nach zwei Jahren, im Frühjahr 1871, wurde der Generalkonsul, der seine Aufgabe mit größtem Geschick gelöst hatte, Gesandter — der erste Gesandte des neuen deutschen Reiches bei den Vereinigten Staaten; der „entzündendste aller deutschen Gesandten“, wie eine ihm in mandem ähnliche Persönlichkeit, Hans v. Billow, der damals auf seiner zweiten amerikanischen Kunstreise seine Bekanntheit erneuerte, ihn genannt hat. Über zehn Jahr amte Schlözer in Washington, seit 1880 mit dem Titel Wirklicher Geheimrat; eine höhere Auszeichnung, die er seinem Aufenthalt in Nordamerika verdankte, war wohl ihm selbst die Freundschaft mit dem großen Deutschamerikaner Karl Schurz, und als die höchste hat er es sicher begrüßt, daß den Abschluß dieses amerikanischen Jahrzehnts die Niederwerfung in sein geliebtes Rom bildete: er kehrte nun als Chef an die Gesandtschaft beim Vatikan zurück, in der er einst unter Willisen und Harry Armin tätig gewesen war. Die Aufgabe, die hier seiner wartete, war schwierig und bedeutungsvoll genug; es galt den Abbau des „Kulturkampfes“, den Friedensschluß zwischen dem dem Papst. Schlözer war ganz der Mann, diesen damals oft so genannten neuen „Gang nach Canossa“ von allem Demütigenden freizuhalten; er hat Bismarcks und Leo's XIII. volle Zustimmung und dauernden Dank geerntet. Und als im Jahr 1888 Wilhelm II. nach Rom kam, da zeigte Schlözer, daß er sich auch auf jene Feinheiten des Metiers verstand, über deren inneren Wert er oft genug skeptische Gedanken hegte und zu köstlich ironischen Worten geäußert hat: er schuf das Zeremoniell, das es dem Papst ermöglichte, den Kaiser im Vatikan zu empfangen, trotzdem dieser als Gast des kirchenschaatserüberreichen Königstums in Rom weilte.

Aber große und kleine Verdienste waren rasch vergessen, als nach dem Unheilstag des 18. März 1890 Schlözer sich nicht sonnen zeigte, seine Gefühle für den gestürzten Kanzler zu ändern oder zu verbürgen. Ende Juni 1892 wurde er seiner Laufbahn entzogen in jener kränkelnden, schroffen Form, über die der „neue Kurs“ in seiner Stunden Malenkülte für derartige Fälle verfügte. Bis zum Sommer 1893 blieb Schlözer noch in Rom wohnen; dann siedelte er nach Berlin über, von wo er im Herbst noch einmal Bismarck in Friedrichsruh aufsuchte; im folgenden Frühjahr ging dies reiche und rühmliche Leben zu Ende.

Lautenabend. Die anhänglichsten Gemeinden unter allen Konzertkünstlern haben wohl die Lautenänger. Auch Sepp Summ er kann, seitdem er in Breslau auftritt, stets eines gut besetzten Saales gewiß sein, und vor allem ist es die junge Welt, die nicht müde wird, ihn wieder und wieder zu hören. Sein Lautenabend am Dienstag (im Kammermusiksaal) brachte im ersten Teil vorwiegend Lieber im Volkston, und zwar nach Kompositionen von Fresca, Hannes Ruch, Scherer und Summer selber. Viel Spaß machte namentlich das Schneiderlied aus der Steiermark mit seinem drolligen Refrain. Der folgende Teil des Abends war durch ein sogenanntes „Wunschkonzert“ ausgefüllt, das zahlreiche bereits bekannte Schlager des liebenswürdigen Lautenängers aufwies.

Zum Achttundentag.

* Den zahlreichen Vorfestimmungen, welche sich mit der Frage der Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse bezüglich des Achttundentages beschäftigen, stellt sich eine Zeitung der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit sehr beachtenswerten Ausführungen zu. Die „New-York-Post“ hat in ihrer Nummer vom 22. Oktober 1921 die folgenden Ausführungen gebracht:

„Doch in unserer Bundeshauptstadt einmal als Folge des Friedensvertrages von Versailles eine internationale Arbeitskonferenz stattgefunden hat, ist schon stark in Vergessenheit geraten. Im Oktober 1919 waren in Washington Vertreter einer Reihe amerikanischer und europäischer Staaten zusammengetreten, um eine Art von Arbeitsrecht aufzustellen. Allerdings fehlten bei jener Konferenz die Vertreter des Landes, das neben Amerika in der nächsten Zukunft für die Gütererzeugung der ganzen Welt so wichtig wie für die finanzielle Gesundheit mit am wichtigsten ist, nämlich Deutschland. Infolge wenig anständiger Intrigen waren die deutschen Sendboten solange hingegehalten worden, daß ihnen unsere Einreiseerlaubnis erst zugeht, als die Arbeiten der Konferenz schon beendet waren. Man sollte nun meinen, daß infolgedessen gerade die maßgebenden Arbeiterkreise Deutschlands am allerwenigsten geneigt sein würden, sich den Beschlüssen, die ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen sind, zu unterwerfen. Zu unserer Verwunderung hören wir aber, daß trotzdem ein Ausschuß des deutschen Reichswirtschaftsrates beschlossen hat, der Regierung die Ratifizierung der in Washington getroffenen Vereinbarungen zu empfehlen.“

Den Kernpunkt der in Washington gefassten Beschlüsse bildet der Achttundentag. Eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Zeit nach dem Kriege ist die sofortige Einführung des achtstündigen Arbeitstages in Deutschland, wo man sich eigentlich erst mit dem Gedanken hätte befassen sollen, daß nur dauernde, angelegentliche Arbeit auf allen Gebieten das Land aus seiner ungemein schwierigen Lage retten könnte. Es zeigt nicht gerade von großem wirtschaftlichen Verständnis der deutschen Arbeiterschaft, daß sie alsbald versuchte, ihre Arbeitszeit gesetzlich zu beschränken, wo sie noch garnicht wußte, wie sich die weitere wirtschaftliche Entwicklung vollziehen würde. Nun konnte man freilich meinen, die in Washington gefassten Beschlüsse würden die Festigung der bereits gesetzlich eingeführten Arbeitszeit in Deutschland fördern. Dazu war aber doch Vorbedingung, daß zunächst einmal diejenigen Staaten alle diese Beschlüsse ratifizierten und den Achttundentag einführen, die für das Zustandekommen der Beschlüsse verantwortlich sind. Daß aber in jenen Ländern tieferes und besseres Verständnis für die heutigen ökonomischen Verhältnisse in der ganzen Welt vorhanden ist, zeigt der Umstand, daß sich ohne sonderliche Gegenwehr der eigenen Arbeiterbevölkerung die Vereinigten Staaten in erster Linie an die Washingtoner Beschlüsse garnicht gehalten haben, und daß die anderen Länder, vor allen Dingen England und Indien, für Vorbehalte Sorge getroffen haben, die eigentlich die Washingtoner Beschlüsse für ihre Arbeiterschaft illusorisch machen. Trotz dieser Vorbehalte hat England es weder für sich noch für Indien bisher für nötig befunden, zu ratifizieren. Soweit wir uns zu unterrichten in der Lage waren, hat bisher überhaupt nur ein einziges Land durch seinen gesetzgebenden Akt sich als durch die Washingtoner Beschlüsse gebunden erklärt, nämlich — Griechenland! Bei allen anderen Ländern, insbesondere bei uns in den Vereinigten Staaten, ist die Washingtoner Konferenz in das Meer der Vergessenheit gesunken wie so viele andere internationale Konferenzen, die schließlich keinen anderen Zweck hatten, als schöne Redebildungen vorzunehmen. Die einzige tatsächliche Errungenschaft, die übrig geblieben ist, besteht in der Erleichterung eines Internationalen Arbeitsamtes, das irgendwo, vielleicht im Haag, ein bescheidenes Dasein mit der Aufstellung von Statistiken fristet.“

Wenn auch die Angabe, daß bisher nur ein einziges Land die Beschlüsse ratifiziert habe, inzwischen überholt ist, da außer Griechenland noch drei andere Staaten die Beschlüsse anerkannt haben, so enthalten die Ausführungen der nordamerikanischen Zeitung doch eine Menge von für uns beachtenswerten Hinweisen. Besonders erfreulich ist dabei die Übereinstimmung der geäußerten Ansichten, mit denen der deutsche Fachpresse.

Der Deutsche in Argentinien.

Argentinien ist eine Föderativrepublik, die Einzelstaaten haben ihre eigenen Parlamente, greifen in diesen Willkür und schlechte Finanzwirtschaft zu sehr um sich, interveniert der Nationalpräsident; seine Freundschaft für Deutschland wird immer noch zu sehr überschätzt, allerdings kann man ihm seine Festigkeit, als in Buenos Aires die Straßenkämpfe tobten, der deutsche Klub zerstört wurde, Kongress und Senat mit allen Mitteln auf ihn einzuwirken, um ihn zum Eintritt in den Krieg zu bewegen, nicht hoch genug anrechnen, aber das ist schon wieder übertrieben, daß er uns vor der Vertreibung aus dem Besitz und der Unterbringung in ein Konzentrationslager bewahrt hätte; ebenso wie in Cuba wären wir ganz ruhig in unserem Privatbesitz geblieben, nur größere Werte wären wie dort für Rechnung des Staates verpfändet worden, wobei wahrscheinlich bei der Rückgabe nicht einmal Verwaltungskosten in Anrechnung gekommen wären. Frigoyen hat zu viel Feinde, er wird früher oder später gefürzt, er hat sich zu weit links orientiert und empfindet die dabei eingegangenen Verpflichtungen nun als Fessel, und einen neuen eventl. radikalen Präsidenten werden seine Wähler zu allererst auf Deutschfreundschaft verpflichten.

Man schreit in Argentinien nach deutschen Waren, aber nicht nach deutschen Arbeitern. Bezeichnend dafür ist die Äußerung, die ein Schwede zu mir während des Krieges machte: „Ich habe nichts gegen die Deutschen, aber wenn ihr den Krieg gewinnt, müssen wir noch mehr arbeiten.“

Dem Nationalpräsidenten direkt unterstehen die Territorien, das sind die im entfernten Süden und Norden liegenden Landstriche, denen man infolge ihrer geringen Bevölkerung — unter 800 000 — noch nicht die Kosten einer Provinzialverwaltung zumuten kann; hier liegt noch ein Feld für den ohne feste Anstellung und mit kleinen Mitteln eingewanderten Deutschen; allerdings auch nur, wenn er sich in der Heimat keine landwirtschaftliche Selbstständigkeit begründen kann. Auf dem Pflaster von Buenos Aires wird ihm am Monatsende nie etwas übrig bleiben, selbst wenn sein Gehalt in die 500 bis 800 Papierpesos steigt. Vor allem den Kleiderluxus ist er in dieser auf äußerlichkeiten haltenden, südlichen Metropole gezwungen, mitzumachen, wenn er im kaufmännischen Leben auf einen Aufstieg rechnen will. Diejenigen, die in Buenos Aires hängen bleiben, seien noch ausdrücklich gewarnt vor Empfehlungen an deutsche Hotels; unsere einzigen wahren Freunde auch in Südamerika sind die Spanier, und sie stellen in Buenos Aires ein außerordentlich kapitalträchtiges Kontingent dar.

Von den Territorien kommen für deutsche Ansiedler in Betracht Neuquen, Chubut, Santa Cruz, Chaco, Misiones. Neuquen ist das gesündeste und landschaftlich schönste, wenigstens in seinem an der Nordküste gelegenen Teil, hier liegt der berühmte See Nahuel Huasi eingebettet zwischen Nadel- und Buchenwäldern.

Derber ist die teilkostliche deutsche Ansiedelung Parilloche am See ganz entwaldet und infolgedessen auch als über Windjagd bekannt. Das Klima Neuquens ist von ganz Argentinien wohl dem von Ostdeutschland am ähnlichsten; hier liegt noch das Fundament der Kultur in der Bauernwirtschaft, und zwar aufgebaut auf Vieh, Obst und Luzerne (alfalfa), hier werden die Herden durch keine Parasiten, die ihre Eier während der heißen Sommermonate im übrigen Argentinien in die geringste Wunde legen, dezimiert, nur hier gedeiht neben dem im ganzen Lande wachsenden Pfirsich (durazno) Apfel, Birne, Pflaume, hier entartet die Kartoffel nicht, wie im übrigen Argentinien, vor allem der Provinz Buenos Aires, wohin selbst während des Krieges der Transport von französischen Saatkartoffeln zu ungeheuren Preisen nicht zum Stillstand kam; hier ist die Landwirtschaft gezwungen, im Winter das Vieh einzusperren und den Dünger aufzustapeln. Ein so mit Stalldünger vorbereiteter Luzerneschlag hält 6 Jahre aus, ehe er in den Erträgen nachläßt und das im Boden aufgespeicherte Nitrogen selbst verbraucht. Neuquen bietet dem Deutschen außerdem noch den Vorteil des leichtesten Übertritts nach Chile.

Chubut und Santa Cruz kommen nur für Schafzucht in Betracht. Ein entbehrungsreiches, einformiges Leben steht dem Einwanderer hier bevor; dazu kommt ein russischer Winter. Allerdings liegt hier am ehesten die Möglichkeit vor, in wenigen Jahren ein Vermögen zu erwerben, auch ist die Seuchen- und Parasitengefahr geringer wie im übrigen Lande.

Der Chaco ist eine Wildnis, ein Labyrinth von der Art eines riesigen englischen Parks; hier wächst außer 800 anderen Nutzhölzern der bekannte Quabacho, jedesmal nach Durchqueren eines Waldes steht man wieder auf einer neuen, riesigen, von Wald umgebenen Lichtung. Die Entfernungen klingen sehr, alles sieht viel näher aus, wie es wirklich ist. Die kleinste Besitzinheit ist in dem größten Teil die Legua oder das Mehrfache derselben, und zwar die Viehzuchtlegua zu 200 Hektar; den für Ackerland geeigneten Boden hat der Staat für Kolonien reserviert, wo man bis zu einem Stadtplate herunter (1 Hektar) erwerben kann. Viehzucht ist natürlich der sicherste und bequemste Erwerb, aber sie liegt dem Deutschen, wenn er nicht direkt hier im Chaco geboren ist, wenig, denn die ganze Tätigkeit beschränkt sich auf Lajieren, Werfen der Tiere zum Schlachten, Anbringen der Marke, Kurieren mit Desinfektionsmitteln und das Roden, worunter das von Zeit zu Zeit erfolgende Zujammentreiben und Überzählen der Herden verstanden wird. Zu dem rechtmäßigen Besitz gefügt sich hier der ungesetzliche, der Eindringling oder Intruso auf herrenlosem Besitz oder auf fiskalischen, unvermessenen Wäldern; er treibt nur Viehzucht und wandert weiter in die herrenlose Wildnis mit seinen Tieren, wenn der rechtmäßige Besitzer ihn herauswirft. Allerdings gibt das argentinische Gesetz dem Intruso, der als erster auf Staatsland (so, das später zur Aufteilung kommt, wenn er einen bestimmten Prozentsatz urbar gemacht, Häuser gekauft hat usw., das Vorkaufsrecht. Die Kulturen des Chaco beschränken sich auf Baumwolle, Mais, Mandioca (Stärkeknolle), Mani (Erdmandel), Tarragus (Nicin), süße Kartoffeln und einige wenige Gemüse, weil die meisten sofort in Samen schießen, auch Kartoffeln gehören zu den Delikatessen. Alles Mehl wird vom Süden eingeführt, von Brüdern treten zu dem Pfirsich noch Apfelsine und Mandarine. Die Mosquitoplage und Hitze ist natürlich 8 Monate im Jahre fürchterlich, die übrigen 4 Monate treten dann Nachtfröste bis -7 Grad auf. Kleinviehhaltung ist sehr gut möglich, die Vermehrung der Züchter und ihre Eierlegfertigkeit ist sogar erstaunlich.

Misiones ist gesünder wie der Chaco, weil höher gelegen, auch die Mosquitoplage wird nicht so fühlbar, weil die riesigen heißen Sümpfe fehlen, die Viehzucht ist hier nicht so von Parasiten heimgesucht. Das Wasser ist infolge vieler Quellen und fließender Bäche gesünder, die Weiden infolgedessen besser; auch ist der Verkehr bei Eintritt einer Regenperiode infolge des festen Steinuntergrundes nicht derart gehemmt wie im Chaco, wo alles versinkt. Hauptkulturen sind Tabak und Reis. Erstere wird vor allem von einer norwegischen Kolonie betrieben, letztere liefert das Produkt schon vollkommen marktfähig entzückt usw. nach Buenos Aires, aber natürlich zur Abgabe an das Ausland reicht es nicht; dieses Jahr kamen die Hamburger Reiskäufler sogar aus Brasilien mit leeren Händen zurück. Man merkt, daß die deutschen großen Reiskäufler in Birma und Mängum liquidiert sind. Die deutschstämmige Bevölkerung wird hier meist von Deutschbrasilianern gebildet; hier können sie ihrer liebsten Beschäftigung — dem Waldbau — am ausgiebigsten obliegen; rein deutsch besiedelt sind hier Soberano und verschiedene andere Picaden (Waldburgeschläge). In dem an Parientes liegenden waldbösen Teil liegen die Kolonien Apostoles und Azara; diese sowie in Posadas, der Hauptstadt des Territoriums, sind wohl die einzigen Orte in ganz Argentinien, wo man die niedrigen polnischen Panjewagen mit Korbgeslecktasten sehen kann, während sonst überall der zweirädrige Ochsen- oder Pferdewagen mit mannhohen Nadeln herrscht.

Vor Paraguay, obwohl dort viele deutsche Kolonien, wie St. Bernabino am Altogebirge liegen, kann nur gemarnt werden. Klima und die Möglichkeit, bei geringen Ansprüchen auf einem Stück Land mit einem elenden Hause darauf auch ohne Tätigkeit in dem reich gesegneten Lande leben zu können, haben dort zu einer allgemeinen Erschlaffung der germanischen Rasse geführt, die noch durch reichlichen Genuß eines dort gebrauten Vierers befördert wird. Ein Arbeiten mit Guarany, paraguayischen Eingeborenen ist nur mit Vorschußzahlungen möglich, nach deren Empfang sie gewöhnlich das Weite suchen. Das paraguayische Heimstädtengesetz, das jedem Einwanderer 10 Hektar vermehrt und kostenlos zurpricht, und auch das Pfandrecht an diesem Besitz beschränkt, ist inzwischen in Kraft getreten. Eine Beschäftigung als Verkäufer von Landesprodukten für Exportfirmen in Asuncion wird stets das mit dem wenigsten Risiko verbundene Unternehmen sein.

Aberhaupt wird der Einwanderer bei jeder Besitzwerbung vor der Alternative stehen, entweder vom Staate für weniger Geld, dafür aber mit Besiedelungsbedingungen und vorläufigen Besitztiteln, Land zu erwerben, oder etwas teurer von Privaten zu erwerben, dafür aber vom ersten Tage an unbeschränkter Herr auf seinem Besitz zu sein.

Die beste Norm für dieses Dilemma wird immer sein, nicht von einem Großgrundbesitzer oder einer Millionengesellschaft privat zu kaufen, sondern sich stets einen Partner aus der eigenen wirtschaftlichen Epäre zu suchen, der genau weiß, daß der Käufer im Fall von Unregelmäßigkeiten genügend kapitalträchtig ist, um sich sein Recht zu erkämpfen.

Verchiedene Nachrichten.

§§ Der neue Reichetat für 1922 wird dem Reichstag am Ende Januar vorgelegt werden. Der Etat wird anscheinlich der Unsicherheit der Lage nur ein vorläufiger sein und im Laufe des Jahres erneuert werden. Er enthält nur die dringlichsten Forderungen.

§§ Nebenbeschäftigung der Veraleute. Der preussische Handelsminister hat sich in der Antwort auf eine kleine Anfrage wegen der für den gewerblichen Mittelstand schädlichen Nebenbeschäftigung von Veraleuten dahin ausgesprochen, daß er ein Verbot solcher Nebenbeschäftigung nicht für angezeigt halte; ein Erlaß sei nur auf dem Wege tariflicher Vereinbarungen und von einer Beeinflussung der Arbeiter durch ihre Organisationen zu erwarten.

§§ Landwirtschaft und Demobilisierung. Die Abg. Fels und Graf zu Stolberg-Wernigerode (D. Vpl.) haben im Preussischen Landtage folgende kleine Anfrage eingebracht: Die infolge des Krieges der Markt zurzeit stark beschäftigte Landwirtschaft die dringenden notwendigen Arbeitskräfte. So daß schon heute wegen der nicht rechtzeitigen und vollständigen Entlassung der Frühjahrsbefeldungsarbeiten berechnete Verstärkungen herrschen. Hierbei wird meistens die Erfahrung gemacht, daß die Bestimmungen der Demobilisierungsämter über die Einstellung von landwirtschaftlichen Arbeitern überhaupt nicht beachtet werden. Die Gefahr, daß in kommenden Jahren die Volksernährung infolge Mangels an Arbeitskräften in der Landwirtschaft gefährdet wird, ist infolgedessen nicht von der Hand zu weisen. Ist darum das Staatsministerium bereit, darauf hinzuwirken: 1. daß die Bestimmungen der Demobilisierungsämter über die Einstellung von landwirtschaftlichen Arbeitern überall in Preußen unumschließlich durchgeführt werden, 2. daß für die Zeit nach dem 31. März 1922, wo die Demobilisierungsbestimmungen außer Kraft treten, seitens des Reiches ein Ersatzgesetz geschaffen wird?

— Nordisches Lied von dem! Wie aus Rom gemeldet wird, alledert eine päpstliche Bulle an das apollonische Vikariat Dänemark den Teil der apollonischen Präfektur Schleswig-Holstein an, der infolge der Volksabstimmung dänisch geworden ist, oder richtig gesagt, den Dänemark auf Grund des Verfallers Schandvertrages ungetraut hat.

— Die Lausitzer Wenden streben eine enge Verbindung mit den „Starkerwandern“ Tschechen an, und in Prag hat man hierfür „starkes Verständnis“ und eine offene Hand. Wie die „Sächsisch-Böhmische Korrespondenz“ meldet, wird der schon einmal geplante, aber durch Verweigerung von Pässen verhinderte Besuch des Lausitzer Gesangsvereins in Prag noch in diesem Monat vor sich gehen. Dort werden die Wenden vermutlich wieder das falsche Lied von ihrer „Unterdrückung und Knechtung“ in Deutschland singen.

— Gegen Lösungsbestrebungen in Thüringen wendet sich folgende kleine Anfrage des Abg. Pflüg (Din.) im Preussischen Landtage: Im preussischen Kreise Schleusingen, Kreis-Bez. Erfurt, erstreckt eine Agitation von kommunistischer und unabhägiger Seite die Lösungsfrage von Preußen und den Anschließ an Thüringen. Ist dem Staatsministerium diese Bewegung bekannt, und welche Maßnahmen hat es dagegen getroffen?

— Von einer Lavine verschüttet. Drei Herren aus Pforzheim unternahmen am Neujahrstage eine Skitour im Elsaß. Sie wurden von einer Lavine verschüttet. Zwei konnten sich selbst herausarbeiten, der dritte, Professor Schork, wurde unter den Schneemassen begraben.

— Vergeltung gegen den deutschen Völkerverrat. Der Dekan der medizinischen Fakultät der Wiener Universität hat kürzlich als Protest gegen den Beschluß der Gelehrten einiger Entente-Länder auf Ausschließung deutscher und österreichischer Mediziner von internationalen Kongressen Abwehrmaßnahmen getroffen. Danach verpflichtet sich die medizinische Fakultät der Wiener Universität, mit Ausnahme der deutschen, bulgarischen und türkischen Ärzte alle ausländischen Ärzte nur dann zur Betätigung an der Wiener Fakultät zuzulassen, wenn sie die vorerwähnte Ausschließung durch eine schriftliche Erklärung mißbilligen. Dem „Morgen“ zufolge haben diese im Dezember eingeleiteten Maßnahmen bereits durchschlagenden Erfolg gehabt.

Sm. Wiederbelebung der baltischen deutschen Presse. Die deutsch-baltische Presse beginnt sich langsam zu erholen. Während bis vor einem halben Jahr anstelle der sehr zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften nur die „Rigaische Rundschau“, die „Rigaische Zeitung“ und der „Revaler Bote“ erschienen, sind mittlerweile deutsche Zeitungen, wenn auch nicht täglich erscheinende, in Dorpat, Mitau und seit dem 17. Dezember in Arensburg auf Ostel ausgegeben worden.

w. Paris, 8. Januar. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel hat die Regierung Moskaus die Bedingungen der tatarischen Nationalversammlung angenommen. Daraufhin hat sich die Krim für unabhängig erklärt.

T. U. Die Enteignung fremden Eigentums in Italien. Wie der „Popolo Romano“ mitteilt, hat der italienische Ministerrat die Bestimmungen über die Enteignung des feindlichen Eigentums mit sofortiger Wirkung angenommen. Wie verlautet, finden diese Maßnahmen jedoch nur Anwendung auf den österreichischen West. Was den deutschen Besitz betrifft, so bleibt die Anwendung der Bestimmungen in der Schwebe, bis die Verhandlungen endgültig gelöst oder gescheitert sind, was nicht zuletzt vom Endergebnis der Konferenzen von Cannes abhängen muß.

* Volksabstimmung in Südamerika. Nach einer Mitteilung hat die chilenische Regierung, aus eigenem Antriebe an diejenige von Peru eine Einladung gerichtet, die im Verträge von Ancon vorgesehene Volksabstimmung bereits jetzt in die Wege zu leiten. Durch diese Volksabstimmung soll über die Zugehörigkeit der Gebiete von Tacna und Arica bald entschieden werden, um diesen Streitfall endlich aus der Welt zu schaffen. Nach dem genannten Verträge hätte die Abstimmung über diese Gebiete, die gegenwärtig zum chilenischen Staatsverbaude gehören, erst im Jahre 1923 stattfinden sollen.

Städtische Nachrichten.

Weimarer Verband Deutscher Sängerkassen. Die im Weim. V. D. S. vereinigten Deutschen Sängerkassen werden den Gründungsstat des Deutschen Reiches am 18. Januar 1922 wieder durch Abhaltung ihres Reichstages festlich feiern. Der Reichstages findet, wie im vorigen Jahre, in den Sommerferien, Berlin SW., Felsowstr. 1-4, statt. Die Festrede hat Oberfinanzrat Vana (A. S. der Sängerkasse) an St. Pauli in Leipzig übernommen. Der Weim. V. D. S. umfaßt auf deutschen und österreichischen Universitäten und Hochschulen jetzt 88 farbentragende Sängerkassen. An Breslau ist der Verband durch die Sängerkassen „Leopoldina“ und „Burundia“ vertreten.

Berlin. Der langjährige Assistent am botanischen Institut der hiesigen Landwirtschaftlichen Hochschule, Honorarprofessor für Botanik Dr. Max Burret ist zum Rufos am Botanischen Garten in Berlin-Dahlem ernannt worden.

Frankfurt. In der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der hiesigen Universität sind vom Kultusminister folgende Lehraufträge erteilt worden: dem Stadtschulrat Dr. Ing. Alfred Barth zur Vertretung der Gewerbeschule und dem Studienrat Dr. Julius Wagner zur Vertretung der Jugendkassen.

Freiburg. Das planmäßige Extraordinariat für Forstbotanik an der hiesigen Universität ist dem Prof. Dr. Kurt Voss, Rufos am botanischen Institut der Universität Bonn angeboten worden.

Halle. Der Historiker und Münzforscher General der Artillerie a. D. Exzellenz Dr. phil. h. c. Max von Bahrfeldt ist zum Honorarprofessor in der philosophischen Fakultät der hiesigen Universität ernannt worden.

Helmstedt. Das durch den Tod des Professors E. Knoevenagel erledigte Extraordinariat für Chemie an der hiesigen Universität ist Prof. Dr. Ernst Müller an der Universität Bonn angeboten worden.

Den Privatdozenten in der medizinischen Fakultät Dr. med. Erich Freiherr von Redwitz (Chirurgie), Dr. Hermann Freund (Innere Medizin und Pharmakologie), Dr. Heinrich Scherer (Geburtshilfe und Gynäkologie), Dr. Viktor Freiherr von Weisäcker (Innere Medizin), Dr. Arthur Meyer (Chirurgie) und Dr. Ernst Freudenberger (Kinderheilkunde) wurde die Dienstbezeichnung außerordentlicher Professor verliehen.

Kiel. Der Vertreter der neuen deutschen Sprache und Literatur an der hiesigen Universität, Direktor des Instituts für Literatur und Theaterwissenschaft Dr. Eugen Wolff, ist zum ordentlichen Professor ernannt worden.

Münster. Prof. Dr. med. Max Schäfer, Direktor des pathologischen Instituts an der hiesigen Universität, dem, wie bereits gemeldet, dieser Tage der Rübinger pathologische Lehrstuhl (an Stelle von Prof. Wönderberg) angeboten wurde, ist am 27. Dezember gestorben.

Schlesien.

Major von Tiedemann †.

* Mit dem am 2. d. M. in Berlin verstorbenen Major a. D. von Tiedemann-Seeheim ist einer der bekanntesten Vorkämpfer des Deutschtums in der ehemaligen Ostmark dahingegangen. Er war ein Mann von hervorragender Begabung und außerordentlicher Willensstärke, ausdauerndem Fleiß und seltener Schaffensfreude. Stark durchdrungen von unbegrenzter Liebe zu seinem Vaterlande und seiner engeren Heimat war er der rechte Mann, ein Führer der Deutschen in ihrem Kampf gegen das Polentum zu sein. Seine politische Überzeugung wies ihn zur konservativen Partei; er ließ sich jedoch zu keiner Zeit von Parteimeinungen bestimmen. Daher lehnte er es auch ab, ein Abgeordnetermandat zu übernehmen. Er schaffte sich selbst eine Stellung, in der er voller Unabhängigkeit und Selbständigkeit für das Vaterland und für das Deutschtum wirken konnte: Er wurde Führer der deutschen Männer, die dem Vordringen der großpolnischen Bestrebungen und der polnischen Umtriebe in den ehemaligen Ostmarken Einhalt boten.

Am 16. September 1894 waren die Posener Deutschen zu Bismarck gefahren, viele Tausende unter der Führung des schon damals beachteten Landesökonomierats Kennemann aus Allen; eine Woche später folgten die Deutschen aus Westpreußen. Beide Male sprach Fürst Bismarck fast ausschließlich über die Polenpolitik und riet zur Vereinigung aller Deutschen, um die Macht an der Warthe und der Weichsel gegen die Polen zu halten. Als dann in den Septembertagen desselben Jahres der Kaiser in Marienburg und Thorn sehr bestimmt den deutschen Charakter der beiden Provinzen betont hatte, gab Major von Tiedemann die Anregung für eine Vereinigung deutscher Männer zum Schutz der Ostmark. So wurde am 8. November 1894 von ihm in Gemeinschaft mit Landesökonomierat Kennemann und mit Dr. Ferdinand von Hansemann der Deutsche Ostmarkenverein gegründet. Er schuf damit eine Vereinigung als Mittel- und Sammelpunkt für alle Deutschen. Mit größter Klarheit und Sicherheit hatte Major von Tiedemann dem Verein seine Stellung gewiesen und nur das eine Ziel „Förderung des Deutschtums in der Ostmark“ hatte er ihm als Zweck gegeben. Er war die Seele des Ganzen, er arbeitete unermüdet, ja selbst die Krankheit durfte seine Tätigkeit nicht beeinträchtigen. Er bestimmte die Geschäftsverteilung, bestellte innerhalb für die einzelnen Landesteile der Ostmark oder auch für einzelne Angelegenheiten Berichterstatter und unterrichtete besonders Ausschüsse, die Stipendienkommission, die Preßkommission und die Finanzkommission. Aber er verlor dabei nicht die Übersicht über die gesamte Tätigkeit des Vereins, und seine ungenüßliche Arbeitskraft machte es ihm möglich, sich auch um alle Einzelheiten zu kümmern. Niemals ist eine Sache von einiger Wichtigkeit ohne ihn entschieden worden. Bei der Leitung des Vereins, zumal bei allen politischen Forderungen, hatte Heinrich von Tiedemann ein sicheres Gefühl für das Mögliche und Erreichbare. Durch seine Liebenswürdigkeit und seine Sachkenntnis verstand er es, alle Mißbilligungen zu vermeiden und auszugleichen. Der Deutsche Ostmarkenverein blieb naturgemäß auch seine Feinde. Durch alle Schwierigkeiten, die ihm dadurch entstanden, setzte er sich unter der kräftigen und sicheren Führung seines Vorstehenden durch und der Verein wurde, was er nach seinem Sinne werden sollte: Der Mittelpunkt für alle nationalpolitischen Bestrebungen zur Förderung des Deutschtums in der Ostmark. So hatte Heinrich von Tiedemann durch eine fast zwanzigjährige rastlose hingebende Arbeit sich sein Lebenswerk gesichert. Die große Liebe und Verehrung, deren er sich erfreute, kam bei seinem 70. Geburtstag zum Ausdruck. Unter den vielen Ehrungen, die ihm damals zuteil wurden, war besonders die Tatsache bemerkenswert, daß für die „Tiedemann-Spende“ nicht weniger als 100 000 Mark gesammelt worden waren.

Aber auch als Landwirt hat er anregend und fördernd auf die deutsche Kultur in Posen gewirkt. Als er einige Jahre Hauptmann gewesen war, übernahm er die Bewirtschaftung seines 6000 Morgen großen Rittergutes Seeheim, das sehr lange Jahre in polnischen Händen gewesen und stark heruntergewirtschaftet war. Durch seinen eisernen, unermüdeten Fleiß, durch Einführung eines intensiven Betriebes hat er dieses Gut zu einer Musterwirtschaft gemacht. Ebenso wurde das benachbarte Rittergut Mohrschütz, das er 1889 dazu erwarb, von ihm in kurzer Zeit in mustergültiger Weise heraufgewirtschaftet.

Heinrich von Tiedemann wurde am 22. Oktober 1843 in Dembogorsch in Westpreußen geboren. Er verlebte seine Kindheit mit zahlreichen Geschwistern auf dem väterlichen Gute und trat 1863 in das Infanterie-Regt. 80 ein, dem er im Oktober 1864 Leutnant wurde. Den Feldzug von 1866 machte er bei der Mainarmee mit, wurde im Gefecht bei Helmstedt schwer verwundet und erhielt den Kronenorden 4. Kl. mit Schwertern. Im Jahre 1869 besuchte er die Kriegsakademie. An der Vollenbung seiner Studien wurde er durch den Krieg von 1870/71 verhindert. Als Regimentsadjutant seines alten Regiments machte er die Belagerung von Straßburg mit, das Gefecht am Diamon, die Schlachten an der Wisaine und bei Vesort. Mit dem Eisernen Kreuz geschmückt lehrte er in die Heimat zurück und wurde Oberleutnant im Großen Generalkorps. Später war er Hauptmann im Inf.-Regt. 88. Im Jahre 1881 nahm er den Abschied und erhielt nachträglich den Charakter als Major. Am 18. September 1872 vermählte er sich mit Dora vonhardt, der Tochter eines Großkaufmanns in Berlin. Nach dem Tode seines Schwiegervaters, des Seniorchefs der Firmahardt u. Co., eines Welthandelskaufes, das neben einem umfangreichen kaufmännischen Betriebe in Berlin, auch Niederlassungen in Manchester und unter verschiedenen Firmen auch in Amerika und Australien hatte, trat er 1898 als Mitarbeiter in diese Firma ein, und er war in diesem großen und umfangreichen kaufmännischen Betriebe nicht nur mit seinem Namen beteiligt, sondern auch tatsächlich als Mitarbeiter.

Die Option der Ostmärker.

* Unter den letzten Nachrichten des Abendblattes haben wir die Frage der Option der mit den an Polen gekommenen Landbeständen durch Wohnsitz oder Geburt Verbundenen nach der rechtlichen und der praktischen Seite behandelt. Es ist dabei auf Ausführungen des Professors Heilfron in der „Deutsch. Wg. Ztg.“ hingewiesen worden. Bei der Bedeutung der Angelegenheit halten wir es für zweckmäßig, zwei Punkte dieser Ausführungen hier wiederzugeben. Der Verfasser schreibt:

Deutsche Rückwanderer, die als Beamte oder Lehrer im Deutschen Reich angestellt sind, würden nach dem deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz die deutsche Staatsangehörigkeit und die Staatsangehörigkeit des Staates, in dem sie angestellt werden, erhalten. Auch sie müssen aber optieren, denn der Friedensvertrag

geht nach Art. 178 der Reichsverfassung den Bestimmungen der Verfassung vor. Personen, die nach dem 9. November 1918 infolge der Staatsumwälzung aus den jetzt polnischen Landbeständen nach Deutschland geflüchtet sind, werden nach der Praxis so angesehen, als hätten sie am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz nach in Polen gehabt, weil sie ohne den Willen, ihren bisherigen Wohnsitz endgültig aufzugeben, der Not gehorchend geflohen sind. Auch sie müssen also für Deutschland optieren, sonst behalten sie ihre polnische Staatsangehörigkeit.

Am Schluß des Artikels heißt es dann: Die an sich schon verwirrt Rechtslage wird noch verwirrelter durch Art. 4 des sogenannten Minoritätenvertrages vom 28. Juni 1919. Danach „erkennt Polen als polnische vollberechtigte Staatsangehörige die Personen deutscher Staatsangehörigkeit an, die in den an Polen abgetretenen Gebieten von Eltern, die dort ihren Wohnsitz hatten, geboren sind, auch wenn sie beim Inkrafttreten dieses Vertrages — nämlich am 10. Januar 1920 — dort nicht mehr ihren Wohnsitz haben.“ Dieser Minoritätenvertrag ist zwischen Polen und den Hauptmächten ohne Zuziehung von Deutschland abgeschlossen worden, hat also für Deutschland zunächst keine rechtliche Wirkung. Die polnische Regierung hält ihn aber für wirksam; bei dieser Auffassung würden die im jetzigen polnischen Staatsgebiet abgetretenen Personen, selbst wenn sie seit Jahrzehnten in Deutschland leben, auch Polen sein, also, da sie auf Grund des Friedensvertrages zweifellos gleichzeitig Deutsche sind, eine doppelte Staatsangehörigkeit besitzen. D. h. „Suizid Mordes“ sein. Nach dem Minoritätenvertrag haben aber auch diese Personen das Recht, binnen 2 Jahren, also ebenfalls bis zum 10. Januar 1922, auf die ihnen ausgemessene polnische Staatsangehörigkeit zu verzichten. Die polnischen Ausführungsbestimmungen verlangen, daß die bezeichneten Personen diese Verzichtserklärung der zuständigen polnischen Behörde, in Deutschland also dem polnischen Konsulat gegenüber abgeben. Die polnischen Behörden verlangen aber ferner, daß auch die übrigen Optionsberechtigten, wenn sie für Deutschland optieren diese Erklärung nicht nur der deutschen, sondern auch der polnischen Behörde gegenüber abgeben. Da die Rechtslage so verwirrt ist, ist es tatsächlich ratsam, daß Deutsche die für Deutschland optieren wollen, und Deutsche, die auf Grund des Minoritätenvertrages von Polen auch als Polen betrachtet werden, die Erklärung, daß sie die polnische Nationalität aufgeben, bis zum 10. Januar 1922 den polnischen Konsulaten gegenüber abgeben. Die Verweigerung der polnischen Nationalität neben der deutschen könnte z. B. für Militärfähigkeit, die den polnischen Korridor zu passieren genötigt sind, ungewisse Folgen haben; aber auch steuerrechtlich könnten Verwicklungen eintreten.

Die Reise Calonders.

w. Bruthen Oe., 4. Januar. Zu dem auf etwa eine Woche berechneten Aufenthalt der schweizer Herren in Oberschlesien ist von der deutschen und polnischen Delegation ein Programm vereinbart worden, dem Bundesrat Calonder bereitwillig zugestimmt hat. Dabei hat Calonder wiederholt betont, daß er den Zweck seiner Reise darin erblicke, sich und seinen Begleitern ohne Voreingenommenheit ein möglichst einsehendes Bild von den wirtschaftlichen, nationalen und kulturellen Verhältnissen des Abstammungsgebietes zu verschaffen. Als eine seiner vornehmsten Pflichten betrachte er es, in möglichst enge Fühlung zur Bevölkerung zu treten und die Wünsche aller Stände und Schichten persönlich entgegenzunehmen.

In Verfolg dieses Programms sind drei Tage für eine gründliche Besichtigung der wichtigsten Anlagen im Industriegebiet bestimmt. Am 5. Januar wird Calonder den an Polen abzutretenden Bezirk, am 7. Januar den deutsch bleibenden Teil des Zentralreviers besichtigen, und am 9. Januar wird die Reise sich auf die industriellen Gebiete in den Kreisen Pleß und Rohnitz erstrecken. Am 6. Januar, dem Tage der Heiligen drei Könige, und am Sonntag, den 8. Januar, werden die schweizer Herren in möglichst weit-ehendem Maße die Vertreter aller Stände der Bevölkerung empfangen. Das Programm wird naturgemäß sich ergänzen durch eingehende Besprechungen Calonders mit den beiderseitigen Bevollmächtigten und, soweit es wünschenswert erscheint, auch mit den Vorsitzenden derjenigen Unterkommissionen, in denen bisher keine Einigung erzielt werden konnte.

Bundesrat Calonder wird während der ersten Hälfte seines Aufenthalts im Savoy-Hotel in Skatowitz wohnen, um sodann auf Schloß Neudeck des Grafen Hendei von Donnerzdorf Wohnung zu nehmen.

[Eigener Hausstand im möblierten Zimmer.] Hc. Ein eigener Hausstand kann auch in möblierten Zimmern geführt werden. Diesen Bescheid hat der Reichsarbeitsminister dem Minister für Volkswirtschaft erteilt. Die Frage, ob jemand einen Hausstand führt, sei in erster Linie eine wirtschaftliche Frage und nach den Anschauungen des täglichen Lebens zu beantworten. Wenn auch im allgemeinen das Vorhandensein eines Hausstandes mit dem Besitz einer eigenen Wohnungseinrichtung verbunden sein wird, so sei der Besitz einer solchen doch kein unbedingt notwendiges Kriterium für die Führung eines Hausstandes. Wegen der Wohnungsnot und der hohen Preise der Möbel sind viele Familien gezwungen, möblierte Wohnungen zu mieten. Wenn sie dort selbstständig wirtschaften, so können sie bei den Unterhaltungen nicht anders behandelt werden als Personen, die eigene Möbel besitzen oder auf Abzahlung entnommen haben.

[Eine Mordaffäre.] Aus Glogau wird uns berichtet: Die Ehe des Landwirts Kaufmann aus Wobadel im Kreise Grünberg mit seiner Frau Frieda geb. Armler wurde schon 1 1/2 Jahre, nachdem sie geschlossen worden war, vollkommen zerrüttet, weil es die Frau mit dem Eisenbahnarbeiter Hermann Brunner aus Hüllschütz hielt. Am Abend des 2. Oktober v. J. befand sich das Ehepaar Kaufmann auf dem Rückwege von Polke nach Wobadel. Hinter dem Dorfe Schönholz folgte dem Ehepaar ein Radfahrer, der Arbeiter Brunner. Als er das Ehepaar erreicht hatte, verlegte er dem Ehemann von hinten mit einem schweren Knüttel einen wuchtigen Schlag, der aber den Kopf des Kaufmanns nur streifte und die Schulter traf, wobei der Knüttel zerbrach und Kaufmann in die Arnie sank. Dann zog er einen Revolver und schloß drei Schüsse nach der Stirn des Kaufmanns ab, die aber ihr Ziel verfehlten, da Kaufmann den Kopf beiseite wendete. Dann verlegte der Revolver Brunner verlegte nun, den Kaufmann durch Messerstiche zu töten. Ein nach der Brust geführter Stich traf einen Hornknopf an der Brust des Kaufmanns. Weitere Stiche an der Schulter und Hand, sowie Schläge mit dem Revolver auf den Kopf verwundeten den Kaufmann zwar erheblich, doch gelang es ihm, zu entkommen. Während des Kampfes hat Frau Kaufmann wiederholt um Hilfe gerufen. Gegen Brunner und Frau Kaufmann lag Verdacht vor, daß sie beabsichtigt hatten, den ihrer Verbindung im Wege stehenden Kaufmann zu ermorden. Frau Kaufmann wurde beschuldigt, daß sie den Brunner dazu angestiftet habe. Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß die Angeklagte Kaufmann tatsächlich ein Liebesverhältnis mit Brunner hatte und ihn heiraten wollte. Beide wurden verhaftet und haben ein Geständnis abgelegt. Im Sommer 1921 ist ferner die Frau des Angeklagten Brunner gestorben. Es lagen zunächst zwei Momente vor, daß Brunner den Tod seiner Frau herbeiführen habe. Wie aber nunmehr verlautet, soll Frau Kaufmann einsehen haben, daß sie die Frau Brunner, die krank zu Bett lag, umzubringen habe. Bezüglich des letzten Punktes ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Wegen des beschriebenen Mordes und der Anklage darauf werden sich aber Frau Kaufmann und ihr Geliebter Brunner demnächst vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten haben.

h. Sagan, 3. Januar. Die Dachpappfabrik in Baras, früher Riem, wurde in Vorbereitung der Nacht von einem schweren Brande in Brand gesetzt. Die Fabrik, ein zweistöckiges Gebäude mit Maschinen und

Rohtmaterial fielen der Vernichtung anheim. Den zur Hilfe herbeigeeilten Feuerwehren gelang es trotz des heftigen Sturmes, das neue Fabrikgebäude zu schützen. Ursache des Brandes soll Selbstentzündung sein. Drei in dem Gebäude wohnende Arbeiterfamilien retteten nur das nackte Leben; die eine Familie hat auch einen ardereren Geldbetrag verloren.

= Kohlfurt-Bahnhof, 3. Januar. Der Marineleutnant a. D. Otto Geisler, der seit einiger Zeit eine Stellung in dem hiesigen Mehlmühlischen Sägewerk bekleidete, wurde am Montag früh in seiner Wohnung erstochen aufgefunden. Eine Gerichtskommission aus Görlitz hat nach im Laufe des Monats den Tatbestand aufgenommen und eine Untersuchung einleitet.

Lokales.

Ende des Zeitungsträgerinnenkreises.

— Nachdem der Schlichtungsausschuß die im letzten Abendblatt mitgeteilte Entscheidung getroffen hat, haben sich die Zeitungsträgerinnen bereit erklärt, die Arbeit von Donnerstag ab wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen mit den beiden Transportarbeiter-Verbänden über den neuen Tarif beginnen am selben Tage.

Eine große Kokerei-Anlage.

pa In Ergänzung und teilweiser Verdrängung der Mitteilungen über den Plan der fürstlich Pleßschen Verwaltung, in Breslau eine große Kokerei-Anlage zu schaffen, wird uns vom Presseamt des Magistrats folgendes mitgeteilt:

Die fürstlich Pleßsche Verwaltung trägt sich bereits seit geraumer Zeit mit der Absicht, auf dem von ihr erworbenen, etwa 10 Hektar großen Gelände am Großschiffahrtsweg in der Nähe der Gasanstalt 3 eine Kokerei zu errichten, um den Pleß, der für die Güttenindustrie von großem Werte ist, in denkbar bequemer Weise — auf dem Wasserwege sowohl wie mit der Eisenbahn — absetzen zu können. Es handelt sich zunächst um die Auffstellung eines Blockes von 60 Linsen; die Anlage ist jedoch erweiterungsfähig und kann um weitere Blöcke von je 60 Linsen vergrößert werden. Das in der Kokerei gewonnene Gas könnte von der Stadt übernommen werden, soweit es nicht von dem Unternehmen selbst benötigt und vorher einer Reinigung unterzogen wird. Voraussetzung ist natürlich, daß es gelingt, über den Preis eine beide Teile befriedigende Vereinbarung zu treffen.

Bei der eingehenderen Durcharbeitung des Planes hat es sich mehr und mehr als zweckmäßig herausgestellt, die Kokerei-Anlage näher an die Gasanstalt heranzurücken, als der ursprüngliche Entwurf es vorgegeben hatte. Ja, es hat sich mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Verbindungsstraße Rosenthaler Brücke-Gasanstalt-Nieder-Gasse als notwendig erwiesen, Geländeteile und Gebäude, die zur Gasanstalt und mit der Stadt gehören, in die Neuanlage mit einzubeziehen, da andernfalls jene Verbindungsstraße mit Gleisverlegungen usw. belastet werden müßte. Im übrigen ist damit zu rechnen, daß die vorhandenen Gleisanlagen einem allgemeinen Umbau unterzogen werden, da die Eisenbahn eine Erweiterung ihrer dort befindlichen Werkstätten plant, hierzu neuer Gleise bedarf und da ferner auch der städtische Hafen dort seine Aufstellungsstelle erhalten soll. Es ist denn auch bereits mit der Eisenbahnverwaltung ein großzügiger neuer Gleisplan vereinbart worden, der u. a. eine Verlängerung der Eisenbahnbrücke über der Trebritzer Straße vorsteht und all diesen Anforderungen gerecht zu werden vermag.

Die Kosten der Kokerei einschließlich der Gleisanlage werden sich für den ersten Ausbau auf schätzungsweise 80 bis 100 Millionen Mark belaufen. Wegen Ankauf des etwa 4 Hektar großen städtischen Geländes, das für die Kokerei benötigt wird, hat die Pleßsche Verwaltung bereits Verhandlungen mit dem Magistrat aufgenommen, die indes noch zu keinem Abschluß gelangt sind und über die sich darum zurzeit keine näheren Angaben machen lassen.

61 Millionen Mehrausgaben.

* Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Gesamtübersicht über die bei den städtischen Verwaltungsausschüssen im Jahre 1920 entfallenden und formell noch nicht bewilligten Mehrausgaben mit dem Ersuchen überhandt, diese Mehrausgaben von zusammen 60 858 341,27 Mk. nachträglich zu genehmigen. Bei diesen Nachforderungen sind die Gaswerke mit 17 472 489 Mk. am stärksten vertreten. Es folgt das Volkswirtschaftliche (einschließlich Gauschulturngsschulen, Volantischer Schulgarten in Scheitniz und städtische Sanitätsklinik) mit 14 061 588 Mk. Weiter sind mit Millionenposten vertreten: die Wasserwerke mit 5 078 205 Mk., die Elektrizitätswerke mit 4 740 092 Mk., die Straßenbahn mit 3 133 950 Mk., die Krankenhäuser mit 2 420 156 Mk., die Gesundheitsinspektoren der allgemeinen Verwaltung mit 1 914 974 Mk., das Volkshaus mit 1 549 876 Mk., die Hospitalkasse mit 1 417 663 Mk., die städtische Sparkasse mit 1 255 532 Mk., der Marktall mit 1 245 010 Mk.

[Stadttheater.] Donnerstag nachmittag 3 Uhr „Brinaeffin Guschewind“, abends 7 Uhr „Lannhäuser“. Sonnabend nachmittag 3 Uhr „Brinaeffin Guschewind“, abends 7 Uhr „Liefland“.

[Vereinigtes Theater.] Donnerstag im Roberttheater „Der Feldherrnhügel“. Gottfried Kallenberg spielt erstmals den Kurfürsten von Bienenza, Ludwig Bora den Rittermeister von Fenneim. In „Eifer sucht“ spielt Leonine Sagan die weibliche Hauptrolle. — Am Thalia-Theater am Donnerstag: „Unter der blühenden Linde“. Die am Freitag stattfindende Eröffnung der Volkshäuser mit Selena „Mein Leopold“ ist besetzt mit den Damen Weimel, Christann, Gabel, Meimers, Krenkel, Meina, Wagner, Wellhoff, Wurm, den Herren Meier, Claus, Krach, Kuffel, Gabel, Sonna, Kutner, Leopold, Madunae, Meyn, Nothe, Thied, Will a. G. Die Komie führt Alexander Warich, die musikalische Leitung hat Dr. Niek. Herr Gustav Nothe tritt nach längerem Spielen im Roberttheater zum ersten Male im Thalia-Theater wieder auf.

[Vorträge.] Heute findet im Vestibularen-Saal der Goethe-Abend von Friedel Hinze statt. An dem gleichen Tage findet im Vestibularen-Saal der Vorträge für „Neroböle“ statt, den der Privatgelehrte Richard Geise hält.

[Nachtrag in Ribersdorf Reich.] Unter diesem Titel findet von Montag, 18. bis Freitag, 20. Januar, im Konzerthaus Wappenhof, Breslau-Morgenau, ein Riesengebirgsfest mit täglich wechselndem Programm statt. Sämtliche Räumlichkeiten werden durch Prachtdecorationen in höchster Vollendung nach Originalen des Riesengebirges umgewandelt. Alle Gebirgsfreunde werden auf diese Veranstaltung, worüber in Kürze noch Näheres erscheinen wird, schon jetzt hingewiesen.

[Städt. Busch.] Der Direktor des Städt. Busch ist es gelungen, auch in diesem Jahre mit einem wirklich erstklassigen Programm aufzuwarten. Vorträge von Barasch und Städt. Busch.

— Abgefahreter Fieberer. In einer der letzten Nächte ein Herr in angeordnetem Zustand seiner Wohnung aufrehte, gefassten sich zu ihm zwei junge Mädchen, die ihn unterstützten und nach seiner Wohnung brachten. Beim Ausschließen der Haustür griff der eine von ihnen dem Herrn in die Brusttasche und eignete sich seine Brieftasche mit 700 Mark an. Der Betreffende merkte das aber, fachte den Dieb, nahm ihm die Brieftasche wieder ab und übergab den Mädchen der Polizei, die ihn als Hochstapler feststellte. Seinem Begleiter gelang es zu entkommen.

— Gestohlen wurden: ein Rord mit 15 Liter Roggal am 30. Dezember, mittags, aus einem Gasthof in der Kleinen Grogengasse; zwei Mandolinen in der Nacht zum 1. Januar aus der Tasche eines Geschäftes in der Kreuzstraße 41/42.

